

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

2.8.1921 (No. 177)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
J. B. Rebkauer
E. R. f.
Druck
und Verlag:
S. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die 7mal gepaltene Zeile über deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Wohnungsabgabe.

•• Nach dem Reichsgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus vom 26. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 773), das der Reichstag nach fast einjähriger Beratung verabschiedet hat, werden die Länder verpflichtet, lediglich zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung für die Rechnungsjahre 1921—1924 eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude zu erheben. Die Abgabe soll nicht nur von Wohngebäuden, sondern auch von landwirtschaftlichen und industriellen Gebäuden erhoben werden. Die Einkünfte sind in erster Linie zur Verzinsung und Tilgung der Beträge bestimmt, welche für nach dem 1. Oktober 1920 begonnene Wohnungsbauten verwendet werden. Abgabeschuldner ist die Nutzungsberechtigte, also der Eigentümer für die von ihm allein benutzten Gebäude, im übrigen der Mieter oder Pächter. Gebäude des Reichs, der Länder, Gemeinden, folglich die religiösen Zwecken dienen, Armen-, Waisen- und Krankenhäuser usw. sind von der Abgabe frei.

Der Abgabe wird der jährliche Nutzungswert (Mietwert) der Gebäude nach dem Stande vom 1. Juli 1914 zugrunde gelegt. Die Landesabgabe beträgt 5 v. H. des Mietwerts. Die Gemeinden haben Zuschläge in gleicher Höhe zu erheben; sie können mit Zustimmung der obersten Landesbehörde den Hauptbetrag erhöhen oder von der Erhebung der Zuschläge absehen. Die Gemeinden sind weiter zur Erhebung einer Wohnungszusatzsteuer berechtigt. Die oberste Landesbehörde kann die Befreiung zur Erhebung der Abgabe an Gemeindeverbände übertragen.

Vom Hohertrag der Landesabgabe und der Pflichtzuschläge sind 10 v. H. an das Reich zur Bildung eines Ausgleichsfonds zwischen den Ländern, abzutreten.

Die oberste Landesbehörde kann bestimmen, daß die Abgabe statt nach dem Mietwert, als Steuer vom Grundvermögen oder als Zuschlag dazu erhoben wird.

Die Erlassung der Abgabe ist für gewisse Fälle, in denen sie eine besondere Härte bedeuten würde, vorgezogen.

Zur Durchführung dieses Reichsgesetzes hat die Regierung vom Landtag einen Kredit von 210 Millionen Mark angefordert und hat ihn außerdem am 26. Juli 1921 den Entwurf eines Ausführungsgesetzes vorgelegt. (Landtagsdrucksachen Nr. 82 und 100). In dieser Vorlage ist die Erhebung der Abgabe statt nach dem Mietwert, nach dem Gebäudesteuerwert vorgezogen. Es ist die Höhe der Abgabe bestimmt, und es ist der Zusammenschluß der Gemeinden von weniger als 10 000 Einwohnern innerhalb der Amtsbezirke zu Gemeindeverbänden (Wohnungsverbänden) vorgezogen.

Aus der Begründung entnehmen wir folgendes:

Die Erhebung der Abgabe nach dem Mietwert würde ein besonderes Veranlagungsverfahren notwendig machen, würde längere Zeit in Anspruch nehmen und erhebliche Kosten verursachen. Die Aufstellung dieses Katasters wäre auch nicht einfach, da die Mietwerte vom 1. Juli 1914 zugrunde zu legen sind, da bei Eigenhäusern die Mietwerte nachträglich abgeschätzt werden müßten, und da die Berechnung der Mietwerte von industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Gebäuden besondere Schwierigkeiten bereiten würde. Für diese Aufgaben könnten auch nicht die Finanzämter in Anspruch genommen werden, da sie zurzeit mit anderen Arbeiten stark überlastet sind. Es wird deshalb vorgeschlagen, zunächst wenigstens die Abgabe auf Grund der Gebäudesteuerwerte zu erheben. Die Abgabe würde hiernach allerdings nicht vom Mieter, sondern vom Eigentümer erhoben werden. Der Eigentümer ist aber berechtigt, von den Nutzungsberechtigten (Mieter) die Erstattung der Abgabe nach dem Verhältnis zu verlangen, in dem der Nutzungswert der von ihm benutzten Räume zu dem Nutzungswert des gesamten steuerpflichtigen Grundstücks steht. Der Eigentümer hat also, wie es auch nach dem Reichsgesetz vorgesehen ist, endgültig die Abgabe nur bezüglich der von ihm selbst benutzten Räume zu tragen.

Als Sach für die Landesabgabe und für die Gemeindezuschläge ist einheitlich je 1/2 v. H. des Gebäudesteuerwerts vorgezogen. Die Abgabe ist hiernach etwas höher, als es im Reichsgesetz vorgesehen ist. Durch diese höhere Festsetzung werden aber die meisten Gemeinden des Landes einer freiwilligen Erhöhung der Zuschläge entzogen, und für das Land besteht die Möglichkeit, die aufzunehmende Anleihe von 210 Millionen Mark rascher zu tilgen oder diese später zu erhöhen.

Die Erhebung der erhöhten Abgabe bedeutet namentlich im Zusammenhang mit den übrigen Steuern allerdings eine erhebliche Belastung für die gesamte Bevölkerung und eine Erhöhung des Aufwands für die Wohnung. Es darf aber nicht verkannt werden, daß bei freier Wirtschaft im Wohnungswesen ganz andere Steigerungen der Mieten, vielleicht bis zum 10- und 20fachen, eintreten würden, und daß die Mieten im Verhältnis zu den Preisen für Lebens- und Gebrauchsmittel nicht wesentlich gestiegen sind. Ein durch die Wohnungsabgabe bedingtes Steigen der Mieten wird vielleicht auch Familien, die über große Wohnungen verfügen, dazu zwingen, ihre Wohnungsbedürfnisse einzuschränken, und dadurch wird Wohnraum für Wohnungslose frei werden. Es muß auch weiterhin berücksichtigt werden, daß die Mieterzuschlagserhebung und damit die verhältnismäßig noch billigen Mieten sich nur aufrecht erhalten lassen werden, wenn es gelingt, die Spannung zwischen An-

gebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt erheblich zu mildern; dies ist nur durch Aufwendung großer Geldmittel für umfangreiche Neubauten möglich, also durch Erhebung einer entsprechend hohen Wohnungsabgabe.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß die Wohnungsabgabe eine soziale Abgabe jener Art ist, die im Besonderen noch zu billigen Friedenspreisen gebaute Wohnung sind, um den wohnungslosen Volksgenossen eine gesunde, wenn auch bescheidene Wohnung zu angemessenen Preisen zu beschaffen; für die Beseitigung des unsrer Volkswohl schwer schädigenden Wohnungsnots dürften von einzelnen wohl auch erhebliche Opfer gefordert werden.

Das vor wenigen Tagen von der württembergischen Regierung dem Landtag in Stuttgart vorgelegte Ausführungsgesetz zum Reichswohnungsabgabengesetz sieht die Erhebung der Wohnungsabgabe ebenfalls auf Grund der Gebäudesteuerlasten vor. Als Landesabgabe ist dort das Doppelte des badischen Satzes, also 1 Prozent des Gebäudesteuerwerts vorgezogen; die Gemeindezuschläge sind allerdings auf 0,3 v. H. festgelegt; es ist aber eine Erhöhung durch die Gemeinden vorgezogen.

Nach den bisherigen Erfahrungen bei Vergebung der Bauberechtigungen in den kleineren Gemeinden fast nicht gebaut worden und in den mittleren Gemeinden sehr wenig. Wegen ihrer geringen finanziellen Leistungsfähigkeit waren diese Gemeinden nicht in der Lage, auch nur ihren Pflichtanteil an den Bauberechtigungen aufzubringen. Auch nach Einführung der Wohnungsabgabe wird hierin eine Änderung kaum eintreten, da für die kleineren und mittleren Gemeinden die Einkünfte aus der Abgabe so gering sind, daß sie keine oder nur wenige Wohnungen erstellen können. Der Bedarf an Neubauten ist ferner in den einzelnen Gemeinden außerordentlich verschieden, er besteht hauptsächlich dort, wo günstige Arbeitsgelegenheit vorhanden und auch für die Zukunft zu erwarten ist. In diese Orte strömen die Arbeitskräfte aus den benachbarten Gemeinden zusammen, und es entsteht eine Wohnungsnot, deren Beseitigung die Kraft der kleineren und mittleren Gemeinden übersteigt. Es ist in solchen Fällen nur billig, daß die Gemeinden, aus denen Menschen abwandern, und in denen deshalb keine Wohnungsnot besteht, an der Tragung der Lasten mitwirken. Die Regierung schlägt deshalb zur Schaffung eines Ausgleichs in der Belastung der einzelnen Gemeinden die Erhebung von Wohnungsverbänden vor.

Die Bildung von besonderen Wohnungsverbänden ohne Rücksicht auf die bestehenden Verwaltungsgrenzen oder die Bildung eines Gemeindeförderungsbundes für das ganze Land wird abgelehnt. Auch die Übertragung der Aufgaben der Wohnungsverbände an die Kreise wird nicht für zweckmäßig erachtet, da die Kreise bisher mit diesen Fragen nicht befaßt waren, da eine Umorganisation der Kreise und die Neueinstellung von Beamten notwendig wäre. In dem Gesetzentwurf der Regierung wird der Zusammenschluß der Gemeinden nicht mehr als 10 000 Einwohnern zu Wohnungsverbänden innerhalb der Amtsbezirke im Anschluß an die Bezirksämter vorgeschlagen. Nach dem bisherigen Verfahren wurden die Gesuche um Gewährung von Bauberechtigungen von den Bezirksämtern zusammen mit ihren technischen Beratern behandelt, und die Bezirksämter hatten die Unterteilung der Kreise, und Landesmitteln innerhalb ihres Bezirks. Dieses Verfahren hat sich im wesentlichen gut bewährt, und die damit befaßten Behörden haben wertvolle Erfahrungen gesammelt. An dieser Grundlage will der Entwurf festhalten, zumal die Behandlung der Wohnungsfrage eine genaue Kenntnis der örtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse verlangt, und zumal die Bezirksämter bisher schon mit der Bau- und Wohnungspolitik und der Aufsicht der Gemeindefinanzen betraut waren. Als Organe der Gemeindeverbände sind eine Bezirksversammlung und ein Bezirksausschuß vorgeschlagen. Die Geschäfte des Verbandes sollen von den Bezirksämtern besorgt werden. Die Regierung vertritt in dem Entwurf die Auffassung, daß nach Sachlage die Bezirkswohnungsverbände, trotzdem es sich formal um eine Neugründung handelt, am zweckmäßigsten an das bis jetzt vorhandene sich anschließen und am besten zur Durchführung des Wohnungsabgabengesetzes in den Landgemeinden und den kleineren Städten sich eignen. Die leistungsfähigen Gemeinden bleiben wie bisher frei und selbständig, nur die leistungsschwachen werden zusammengeschlossen und finden ihren natürlichen Vertreter im Bezirksverwaltungsausschuß. Der Verband der Landgemeinden, die in erster Linie durch die Gründung der Verbände berührt werden, hat sich mit Nachdruck für die vorgeschlagene Gründung von Bezirkswohnungsverbänden ausgesprochen. Auch der genannte württembergische Gesetzentwurf sieht vor, daß die Erhebung der Zuschläge statt durch die Gemeinden durch die für die Oberamtsbezirke bestehenden Amtshauptstellen erfolgen kann.

Die Befugnis zur Erhebung von Zuschlägen soll nach dem badischen Entwurf nicht nur den Wohnungsverbänden, sondern auch den ihnen angehörenden Gemeinden gegeben werden, so daß auch diesen Gemeinden noch die erforderliche Bewegungsfreiheit bleibt, um ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.

Im Interesse der Bekämpfung der Wohnungsnot ist es dringend zu wünschen, daß der Landtag möglichst bald die ihm vorliegenden beiden Gesetzentwürfe verabschiedet. Die angeforderten Mittel werden zwar noch nicht ausreichen, um die vorhandenen Wohnungsmittel zu befriedigen, wohl aber werden sie durch die Ermöglichung des Neubaus von Wohnungen zu einer wesentlichen Milderung beitragen. Die Erhebung von Neubauten ist das einzige wirksame und nachhaltige Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Hierzu sind aber große Aufwendungen notwendig, und von jedem einzelnen Staatsbürger müssen erhebliche Opfer gefordert werden.

Sonntagsfahrkarten.

•• Mit Wirkung vom 6. August 1921 wird der Versuch mit Sonntagsfahrkarten auf die Städte Heidelberg, Schwetzingen, Forzheim, Offenburg, Kehl und Freiburg (Breisgau) ausgedehnt. Die Verbindungen, für die solche Karten ausgegeben werden, sowie die Fahrpreise werden bei den bezeichneten Stationen durch Auskang bekannt gemacht. Auskunft darüber können außerdem die Verkehrsvereine der betreffenden Städte erteilen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

•• Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in der Berichtswochen weiterhin gebessert. Die Zahl der unterstützten männlichen Erwerbslosen ist von 3399 auf 3137 zurückgegangen, während die Zahl der unterstützten Frauen eine geringe Zunahme von 155 auf 162 aufweist. Dagegen ist die Zahl der weiblichen Kurzarbeiter beträchtlich und zwar von 585 auf 48 gesunken, die der männlichen Kurzarbeiter nur von 538 auf 409. Die Summe der ausbezahlten Erwerbslosenunterstützung belief sich auf 252 895,94 M., die der Kurzarbeiterunterstützung 24 651,33 M. Die Zahl der Notstandsarbeiter hat sich verringert und betrug 2745.

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften war im Hinblick auf die im Gang befindlichen Erntearbeiten verhältnismäßig gering und konnte mit Ausnahme derjenigen nach weiblichen Dienstboten im wesentlichen gedeckt werden.

In der Metallindustrie besteht weiter starke Arbeitslosigkeit. Aussicht auf Besserung ist vorläufig nicht vorhanden. Die Lage in der Forzheimer Schmelzindustrie hat sich gegenüber der Vormoche nicht geändert.

In der Textilindustrie ist der schlechte Geschäftsgang bei der Säckinger Seidenfabrikation noch nicht gebrochen. Der Bedarf an Möbelschreibern war nicht überall zu befriedigen.

Im Nahrungsmittelgewerbe hat der Mangel an Gemüsen zu einer Betriebseinschränkung in der Konjunkturfabrikation geführt. Bäcker und Metzger sind weiter in großer Zahl stellenlos.

Im Genussmittelgewerbe wird über Arbeitslosigkeit unter den Zigarrenarbeitern geklagt.

Das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe ist im allgemeinen gut beschäftigt.

Bauarbeiter sind weiter überall sehr gesucht. Unter den ungelerten Arbeitern herrscht immer noch starke Arbeitslosigkeit.

Im Mehrfachleistungsgewerbe macht sich teilweise Arbeitsmangel fühlbar.

Auch für die kaufmännischen Berufe hat sich die schlechte Arbeitsmarktlage gegenüber der Vormoche nicht geändert.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war es nicht möglich, die erforderlichen weiblichen Arbeitskräfte, insbesondere Küchenpersonal zu beschaffen. Das gleiche gilt für die häuslichen Dienstboten, die nach wie vor in großer Zahl gesucht werden.

Betriebseinschränkungen

erfolgten bei 5 Betrieben, wovon 44 Männer und 42 Frauen betroffen sind.

Der Schlußakkord.

• Von einem Mitarbeiter, der sich in unserer Zeitung schon wiederholt über oberösterreichische Angelegenheiten verbreitete, wird uns geschrieben:

Wie wir hören, wird Reichskanzler Dr. Brügel in den nächsten Tagen in Bremen in einer großen Versammlung über Oberschlesien sprechen. Da etwa zur gleichen Zeit der Oberste Rat zusammenzutreten wird, um die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens zu fällen, so dürfte die Bremer Veranstaltung die letzte große deutsche Kundgebung vor der Entscheidung sein.

Man kann es als ein Symbol auffassen, daß ein Mann aus dem äußersten Süden Deutschlands in dieser letzten Kundgebung im äußersten Norden des Vaterlandes zu Worte kommen wird. Es ist ein Symbol dafür, daß es in der oberösterreichischen Frage einen Unterschied zwischen den deutschen Stämmen nicht gibt, sondern daß diese Angelegenheit das leidenschaftliche Interesse im ganzen Reiche weckt, auch bei denen, die niemals diesen Südsüßel des Reiches kennen gelernt haben oder kennen lernen werden. Das Interesse an Oberschlesien ist in Deutschland nicht in den langen Monaten, seitdem diese Angelegenheit das öffentliche Leben beherrscht, geringer geworden — wie es sonst wohl oft der Fall ist —, sondern es hat sich von Tag zu Tag gesteigert. Das ist so, daß die oberösterreichische Angelegenheit geradezu die nationale Frage geworden ist, das ist nicht nur der wachsenden Erkenntnis von der Bedeutung Oberschlesiens für das wirtschaftliche Leben des Reichs zu verdanken, sondern in fast noch höherem Grade den übermütigen Herausforderungen der Polen und der Parteilichkeit der Franzosen. Der himmelstreichende Terror, den die Polen schon vor der Abstimmung ausübten, die Schändlichkeiten, die sie alsbald nach dem Abstimmung aus Wut und Enttäuschung über das Ergebnis verübt haben, der Rats-Auffstand mit den zahllosen Greueln, die an wehrlosen Deutschen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts begangen worden sind und auf der anderen Seite die Parteilichkeit, mit der die französische Leitung der Interalliierten Kommission vor der Abstimmung alles tat, um die

Ausfichten der Polen zu verbessern, die Duldung und Förderung, welche die Franzosen den Polen während des Mai-Aufstandes in so reichem Maße zuteil werden ließen, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande helle Empörung darüber herrschte, die Beschimpfungen schließlich, die noch vor wenigen Tagen französische Generale sich gegen die wehrlosen Deutschen Oberschlesiens und gegen das deutsche Volk überhaupt haben zuschulden kommen lassen; all dies hat das sonst so ruhige deutsche Volk mit leidenschaftlichem Anteil an dem endgültigen Geschick der Südobermark erfüllt.

So kann eine Rede des höchsten Beamten des Deutschen Reichs über die oberschlesische Frage, wo immer sie gehalten wird, starken Wiederhall finden, wenn sie mit entschiedenem Nachdruck die Gerechtigkeit des deutschen Anspruchs verteidigt. Die Wahl Bremens zu dem Orte, an dem der Schlusssatz erhalten soll, ist wohl gerechtfertigt. Schon in einer am 14. Juli stattgehabten großen Kundgebung in Bremen, an der viele Tausende teilgenommen haben, machte sich das leidenschaftliche Interesse der Bremischen Bevölkerung in dem förmlichen Beifall, der die Ansprache des Hauptredners, Prof. Dr. Schütz, wiederholt unterbrach, bemerkbar. In unseren alten deutschen Hansstädten hat jederzeit ein starkes Gefühl für das deutsche Reiches Größe vorgeherrscht und auch der unglückliche Ausgang des Krieges hat diesem wahrhaften nationalen Empfinden nicht Abtrag getan. Im Gegenteil, nachdem uns schon so viel entziffen worden ist, wollen auch die Bremer nicht leiden, daß noch ein weiteres Stück kostbaren deutschen Besitzes verloren geht, noch dazu an einer minderwertigen Gegner, der nicht wissen würde, was er damit anfangen soll.

So sind also alle Vorbedingungen dafür gegeben, daß der Bremer Schlusssatz einen guten, vollen Klang geben wird. Offen wir, daß dieser Klang weit hinaus über Deutschlands Grenzen dringt und daß er denen, die in diesen Tagen über das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden haben, die Gewißheit gibt, daß das ganze deutsche Volk einen gerechten Spruch verlangt. Wenn nur Gerechtigkeit und Vernunft die Grundlagen der Entscheidung bilden, dann kann Deutschland dem Ausgange in Ruhe entgegensehen.

Politische Neuigkeiten. Frankreich und England.

Der Pariser Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ übermittelt seinem Blatt einige lehrreiche Betrachtungen zur Beurteilung des englisch-französischen Konflikts, wie sie aus dem amtlichen Communiqué über die gemeinsame Demarche Englands, Frankreichs und Italiens in Berlin zu ersehen sei. In diesem Communiqué hieß es u. a.:

Der englische Botschafter ließ den Ministerpräsidenten Briand dringend verständigen, daß die britische Regierung sehr gern dem Vorschlag Briands zustimme und dementsprechend ihren Botschafter in Berlin beauftragte, sich seinem französischen Kollegen anzuschließen. „In einem gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen und dieser mitzuteilen, daß sie sich bereit halten solle, auf jede mögliche Weise den Transport von alliierten Truppen, den die Lage in Oberschlesien eben Augenblick erfordert, zu erleichtern. Der Ton der englischen Antwort sei sehr herzlich, der britische Botschafter habe seine lebhafteste Genugung darüber ausgedrückt, daß sich die Mißverständnisse der letzten Tage aufgelöst hätten.“

Ein Teil der Pariser Presse glaubt, so schreibt der genannte Korrespondent, dieses Resultat als einen neuen Triumph über die Taten der deutschen Diplomatie bezeichnen zu dürfen. Wir können aber dieses harmlose Vergnügen umso ruhiger, als wir von jeher den Standpunkt vertreten, daß für Deutschland, bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge, eine Lockerung oder gar ein Auseinanderfallen der Entente mit unabwehrbaren Gefahren verbunden wäre. Dagegen wird man es als eine böswillige Entstellung der Tatsachen bezeichnen müssen, wenn diese Blätter es so hinzustellen versuchen, als ob die deutsche Antwort auf die Demarche des französischen Botschafters vom 23. Juli der Ausgangspunkt und die Ursache des Konflikts gewesen sei, der notorisch bereits am 16. Juli in Erscheinung getreten ist, in Wirklichkeit aber auf noch viel weiter zurückliegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Pariser und Londoner Kabinetten zurückgeht.

In den innerpolitischen Streit, ob der soeben abgeschlossene Kompromiß Frankreichs Prestige in vollem Umfang wiederherstellt, oder ob er nicht vielmehr lediglich dazu bestimmt ist, eine schwere Niederlage der französischen Diplomatie nach außen hin zu verhüllen und erträglich erscheinen zu lassen, wird man sich in Deutschland besser nicht einmischen. Man wird nicht vergessen dürfen, daß es sich bisher lediglich um eine Vorfrage über die einschlagende Methode gehandelt hat und daß die Meinungsgegensätze über den Kernpunkt der oberschlesischen Probleme, ebenso wie über alle anderen Deutschland betreffenden Fragen unvermindert fortbestehen, und jede unüberlegte Äußerung von deutscher Seite die Position der uns günstig gestimmten Ententeregierungen erschweren muß. Frankreich kann sich in der Tat keinen besseren Bundesgenossen wünschen, als die nationalistischen Scharfmacher in Deutschland, deren wildes Geschrei nicht nur das wirksamste Prestigemittel der französischen Diplomatie in London bildet, sondern auch diejenigen französisch en Politiker, die einer Politik der Verständigung mit Deutschland das Wort reden, ins gegnerische Lager treibt. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn angelegene Tageszeitungen, wie der „Reit Parisien“ und die „Ere Nouvelle“, auch heute wieder anerkennen, daß man Deutschland in der Frage der Sanktionen entgegenkommen müsse, und die in der oberschlesischen Frage zur Mäßigung raten. Solche Fortschritte sollte man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Denn gerade der Konflikt mit England, der erst im Obersten Rat voll zum Austrag kommen dürfte, hat bei den Extremisten die Hoffnung auf Erfolg ihrer Desperatopolitik neubelebt, deren Ziel es ist, Frankreich, selbst auf die Gefahr eines Bruches der Entente hin, volle Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland zu sichern. Ein deutlicher Beweis dafür sind die Auslassungen des „Echo de Paris“, das mit außerordentlicher Schärfe gegen Briands Politik der Allianzen Front macht und meint, der Zeitpunkt sei nicht mehr fern, wo man den Opfern, die Frankreich für die gemeinsame Sache gebracht habe, eine Grenze setzen und die Aktionsfreiheit wiedergewinnen müsse.

Bemerkenswert ist es, daß auch der „Temps“ heute die Angriffe gegen die Politik des Ministeriums des Äußeren fortsetzt, (von denen man noch nicht recht weiß, ob sie gegen Briand selbst oder einen seiner Mitarbeiter gerichtet sind), daß man im Quai d'Orsay die begründetsten Warnungen des französischen Botschafters in London, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, in den Wind geschlagen habe. Die Kundgebung der deutschen Regierung, die die Bevölkerung zur Ruhe mahnt, hat hier einen guten Eindruck hervorgerufen. Das „Journal des Débats“ befürchtet, daß die französisch-englische Auslegung des oberschlesischen Abstimmungsresultates sich weder mit dem Friedensvertrag noch mit den Interessen

Frankreichs vertrage. Die Wendung in der gestrigen Rede Lloyd Georges, in der er der Befürchtung Ausdruck gibt, daß die Alliierten von ihrer Macht einen rohen und unverständigen Gebrauch machen, wird von der „Liberte“ und anderen Blättern dahin ausgelegt, daß England entschlossen sei, auch weiterhin die Sache Deutschlands zu führen“ und die „Liberte“ schreibt, man müsse der Tatsache in das Auge sehen, daß Frankreich im Obersten Rat gegen die Gesamtheit der Verbündeten in der oberschlesischen Frage, wie in der der Sanktionen allein stehe.

Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Thame (Grafschaft Oxford) hielt Lloyd George eine Rede, in der er sagte, er glaube, daß Frankreich und Großbritannien auf dem besten Weg zur Verständigung seien. Die Schwierigkeiten seien beseitigt. „Wir erkannten“ — so fuhr Lloyd George fort — „böllig die größeren Opfer an, die Frankreich einen Anspruch darauf geben, daß seine direkten Interessen in einigen dieser Fragen Berücksichtigung finden. Das britische Reich hatte nur das eine Interesse, daß der so teuer erkaufte Friede ein wirklicher und fortwährender Friede werde. Wenn es so schien, als ob es in den europäischen Fragen immer hemmt, immer zur Geduld rief, immer auf Mäßigung dränge, so geschah das, weil dieser furchtbare Krieg uns den Wert des Friedens gelehrt hat. Seien wir darauf bedacht, unsern Kindern nicht das Vermächtnis eines konzentrierten Hasses zu hinterlassen, der eines Tages ausbrechen könnte! Aus diesem Grunde wird die ganze Macht des britischen Reiches, die im August 1914 in den Krieg geworfen wurde, heute in die Waagschale des Friedens geworfen.“

Alle Londoner Blätter nehmen in Leitartikeln zu dem in der oberschlesischen Frage zwischen England und Frankreich erzielten Kompromiß Stellung. „Daily Chronicle“ begrüßt das erzielte Einvernehmen, schreibt jedoch: „Wir wünschen jedenfalls, daß die Londoner Sanktionen aufgehoben werden; denn wenn die Londoner Sanktionen nicht bald beseitigt werden, könnte ihre Beibehaltung trotz der Erfüllung unserer Forderungen durch die Regierung Wirth die Stellung dieser Regierung unhaltbar machen. Ein solches Ergebnis müssen wir vermeiden, solange wir es können.“ „Daily Telegraph“ schreibt: „Das oberschlesische Problem ist noch ungelöst. Die Aufgabe der Lösung kann erst in Angriff genommen werden in einer Atmosphäre, die von dem Druck, den das diplomatische Barometer in den letzten Wochen verzeichnete, befreit ist.“ „Daily Telegraph“ erklärt schließlich, Lloyd George habe bei der Befolgung der Politik, für die er im Rate der Entente eintritt, die gesamte britische Nation hinter sich. Die Angriffe gegen Lloyd George seien tatsächlich Angriffe auf die Struktur des französisch-britischen Einvernehmens.

Der Londoner „Observer“ schreibt in einem Leitartikel, Oberschlesien müsse in seiner Gesamtheit deutsch bleiben, nicht nur auf Grund der Volksabstimmung, sondern auf Grund historischer, geographischer und wirtschaftlicher Erwägungen sowie im Hinblick auf den zukünftigen Frieden Europas. Jede Teilung müsse verhängnisvolle Folgen haben. Es sei ein Unglück, daß die andern Alliierten, um mit Frankreich zu einem Kompromiß zu gelangen, bereit zu sein scheinen, Pleß und Rybnik den Polen zuzugestehen. Wenn auch die übrigen Bezirke den Polen zugewiesen würden, wie Frankreich es verlange, würde die Verwirrung unbeschreiblich und die politischen Folgen in Deutschland unheilvoll sein. Die Durchsetzung des französischen Teilungsplans würde die letzte Aussicht auf ein gemeinsames und demokratisches Regime in Deutschland vernichten. Die Regierung Wirth würde fallen und die Deutschen würden zu der Überzeugung gelangen, daß die einzige Hoffnung in der schließlichen Wiederherstellung des Militarismus zu suchen wäre. Die Franzosen seien aber nicht nur vorbereitet auf diese Folgen, sondern wünschten sie geradezu herbei, um Deutschland endgültig zur Anerkennung der französischen Hegemonie gezwungen zu können. Eine politische und wirtschaftliche Kombination zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien würde das beste Mittel zur Heilung Europas und zur Berufung des Ostens sein.

Die Tagung des Obersten Rates.

Eine amtliche Pariser Meldung besagt, daß Briand gestern nachmittags an Lloyd George und Bonomi die offizielle Einladung für die Sitzung des Obersten Rates hat ergehen lassen. Die Zusammenkunft findet am 8. August in Paris statt. Es nehmen an ihr lediglich die Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands und Italiens teil. Weder Belgien noch Amerika werden vertreten sein. Die endgültige Tagesordnung ist jedoch bisher noch nicht festgelegt. Nach Londoner Meldungen soll England den Wunsch haben, u. a. auch das albanische Problem und die Frage einer Hilfsaktion für Rußland anzuschneiden. Für die Tagung sind acht Tage vorgezogen.

Die Reichsregierung für ungeteiltes Oberschlesien.

Die „Oberschlesische Volksstimme“ meldet: In letzter Zeit waren verschiedene Mitteilungen in der Presse erschienen, die andeuteten, daß die deutsche Regierung davon unterrichtet sei, daß die beiden Bezirke Pleß und Rybnik für Deutschland verloren gehen würden. Hieraus haben sich die christlichen Gewerkschaften an das Auswärtige Amt in Berlin gewandt und folgende ungewöhnliche Antwort erhalten: „Auf Ihre letztes Telegramm beziehe ich mich, wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Reichsregierung nach wie vor an der Forderung festhält, daß Oberschlesien ungeteilt dem Deutschen Reich erhalten bleibt. Diese Forderung wird den alliierten Mächten gegenüber bei jeder Gelegenheit mit allem Nachdruck vertreten.“ Das Auswärtige Amt. J. A.: Kähler.

Gegen die Futtermittelnot.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden am 29. Juli 1921 unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Huber Beratungen über Maßnahmen zur Bekämpfung der infolge der Dürre entstandenen Futtermittelnot statt. Der Vorsitzende betonte einleitend, daß nach den aus den verschiedenen Reichsteilen vorliegenden Nachrichten von einer Gefährdung der Ernte im allgemeinen nicht gesprochen werden könne, daß aber in einzelnen Gebieten des Reichs die Raufutter- und Futtermittelproduktion unter der Dürre außerordentlich gelitten habe. Die Sorge für Abhilfemaßnahmen gegen örtliche Notstände der Landwirtschaft falle zunächst in die Zuständigkeit der Länder. Immerhin bestesse aber auch für das Reich nach seinen Zuständigkeiten die Möglichkeit, auf bestimmten Gebieten, so durch Maßnahmen der Ein- und Ausfuhr und die Kreditpolitik helfend einzugreifen. Im einzelnen ist aus dem Ergebnis der Beratung folgendes hervorgehoben: Sowohl von den Vertretern der Landesregierungen als auch von den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen wurde besonderes Gewicht darauf gelegt, daß jene Notstandsgebiete, die ganz besonders unter der Dürre zu leiden haben, bei der Belieferung mit Futtermitteln, zeitlich vorzugsweise berücksichtigt würden. Die geringen Bestände an Kraftfuttermitteln, die sich noch im Besitz des Reiches befinden, namentlich Kleie und Gerstentrittermehl, sollen

nach Maßgabe des Vorratbestandes, jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Notlage einzelner Reichsteile, den Ländern zur Verfügung gestellt werden. Die Vertreter der Landesregierungen und die Vertreter der Landwirtschaft gaben einstimmig dem Wunsch Ausdruck, daß die im Juni zugelassene teilweise Ausfuhr von Stroh aus ausländischen Staaten im Hinblick auf die in den letzten Wochen eingetretene Futtermittelnot baldigst gesperret werde. Zum mindesten müsse diese Regelung einer sofortigen Nachprüfung unterzogen werden.

Um wie bisher den Viehhaltungen zu ermöglichen, sich die Futter- und Streuvorräte der öffentlichen und privaten Wäldungen wie in den Kriegsjahren zu neuem zu machen, soll die Bekanntmachung über Streu-, Heide- und Weidenutzung vom 18. April 1918 aufrecht erhalten bleiben, wonach die Besitzer von Forsten und anderen nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken auf Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde verpflichtet sind, die Werbung der Futter- und Streumaterial jeder Art und das Weiden von Vieh zu gestatten. Als besonders wirksames Mittel zu einer baldigen besseren Futterversorgung der Viehhaltungen der gefährdeten Gebiete wurde von den Vertretern der Landesregierungen in voller Übereinstimmung mit der Landwirtschaft und dem Futtermittelhandel die Einführung von Notlandstarifen für Futter- und Streumittel bezeugt.

Von der Regierung wurde die unberzügliche Entscheidung über die einzelnen Anträge und Wünsche zugefagt.

Der Verband deutscher Kartoffelinteressenten tritt in einer Mitteilung den übertriebenen Meldungen über eine angebliche Katastrophe in der Kartoffelernte entgegen. Die Frühkartoffelernte war gut mittel, und die Herbstkartoffelernte dürfte sich, zumal auf schwerem Boden, wieder erholen, sobald Regen kommt. Zurzeit lasse sich die Herbstkartoffelernte durchaus noch nicht übersehen.

Danzig.

Die interalliierte Kommission für die Ver...ung ehemalsigen Reichs und Staatsvermögens hat dem Senat der Freien Stadt Danzig ihre ersten Entscheidungen bekannt gegeben. Weitere Entscheidungen können voraussichtlich in den nächsten Tagen mitgeteilt werden. Über wichtige Fragen wird eine Stellungnahme der Kommission zurzeit noch nicht erfolgen, z. B. über die Zuteilung der Danziger Werft, der gesamten Eisenbahnen u. a. Die Kommission wird am Samstag Danzig verlassen und voraussichtlich im Oktober zurückkehren. Der Freien Stadt Danzig sind u. a. zugeteilt worden: das Polizeigebäude, Polizeipräsidium, Stadtheater, Postgebäude. Ferner ist der Freien Stadt Danzig die Technische Hochschule unter Bedingungen zugeteilt worden, die in einem Abkommen zwischen dem Danziger Vertreter, Präsidenten Sahm, und dem polnischen Vertreter niedergelegt worden sind. Danach erklärt sich der Senat der Freien Stadt Danzig bereit, die Interessen der Studierenden polnischer Staatsangehörigkeit an der Technischen Hochschule in der Weise sicher zu stellen, daß er sich verpflichtet, an der Technischen Hochschule ein Lektorat für die polnische Sprache und Literatur zu errichten. Ferner stellt der Senat in Aussicht, daß an der Technischen Hochschule Vorlesungen über die Wirtschaftsgeographie Polens eingerichtet werden.

Da die von seiten der sozialdemokratischen Partei für diesen Donnerstag beabsichtigte Demonstration auf dem Hauptmarkt verboten wurde, rufen der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die Afa, die sozialdemokratische Partei in Danzig, die unabhängige sozialdemokratische Partei Danzigs und die vereinigten kommunistischen Parteien Deutschlands, Bezirk Danzig zu einem auf Donnerstag, den 4. August stattfindenden 24stündigen Generalstreik der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf. Es soll protestiert werden gegen die unerhörte Belastung durch direkte und indirekte Steuern, gegen die Erhöhung der Wohnmieten, gegen die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel und gegen die beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises. Als Ausgleich der bestehenden Teuerung wird gefordert werden eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger, Erhöhung der Bezüge der Arbeiter, Invaliden, Witwen und Waisen, der Kriegsgeschädigten, der Empfänger von Armenunterstützungen sowie eine ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen.

Die Not in Südrussland.

Aus Rußland gehen dem „Berliner Lokalanzeiger“ folgende Nachrichten zu: Die in den letzten Tagen aus Südrussland eingetroffenen Reisenden erzählen, es sei nicht ein Feld, das nicht den sengenden Strahlen zum Opfer gefallen wäre. Auf allen Stationen sieht man Abgemagerte und Schwerkranken, die beim Einlaufen jedes Juges die Hände entgegenstrecken und rufen: Helft uns, wir sterben vor Hunger. Cholera, Typhus und Ruhr rafften das Volk in Scharen dahin. 6 Millionen sind auf der Wanderung; auch Arbeiter und Notgardisten fliehen. Die Sowjet hat die Bahntarife erhöht. Eine Kiew nach Petersburg kostet 400 000 Rubel; von Kiew nach Petersburg 600 000 Rubel. Die über diese Maßnahme wütende Menge bedroht die Stationen. Überfälle sind an der Tagesordnung. Vielfach werden die Personenzüge von Panzerzügen begleitet. Der Aberglauben treibt die tollsten Mitten. Impfungen werden verhindert, die Kranken verborgen, die Toten nachts eilig begraben. Man behauptet, die Bolschewiken hätten den Befehl gegeben, die in den Baracken befindlichen Kranken langsam zu Tode zu quälen. Die Frauen suchen durch Selbstmord den Einbringen der Cholera zu verhindern. In der deutschen Kolonie des Wolgagebietes sterben täglich über 80 Menschen.

Der französische Gewerkschaftskongress.

Der Gewerkschaftskongress von Lille hat mit etwa 250 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die auf den Beschlüssen fußt, die vom Kongress in Amiens angenommen worden und inzwischen von allen anderen Tagungen des Allgemeinen Arbeiterverbandes bekräftigt worden sind. Der Kongress gibt der C. G. T. den Auftrag, die Bewirkung eines Mindestprogramms zu erziehen, namentlich aber für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete einzutreten, für Nationalisierung der öffentlichen Dienste, für Einführung der Sozialversicherung, für Arbeiterkontrolle und schließlich auch für Widerstand gegen die Weirungen der Arbeitgeber, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Schließlich wird in der Tagesordnung gesagt, daß bei der augenblicklichen Weltlage jede besondere Frage jedem Land überlassen werden müsse, daß aber internationale Lösungen wünschenswert seien. Der Kongress erklärt daher, daß er sich der gewerkschaftlichen Internationale von Amsterdam anschließen werde.

Wie das kommunistische „L'Internationale de Lille“ berichtet, hat die radikale Minorität des Gewerkschaftskongresses, also Anhänger der Moskauer Internationale, am 31. August getrennt getagt. Die Kommunisten haben einen ausführenden Ausschuss eingesetzt, woraus sich schließen läßt, daß sie die Absicht haben, den Allgemeinen Arbeiterverband zu verlassen.

Kurze polit. Nachrichten.

Neue Gesetze. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein Gesetz über die religiöse Kindererziehung, ein Gesetz betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Sammelheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in Mieträumen, ein Gesetz über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen, ferner eine Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter in privaten Betrieben, eine Verordnung betreffend die Anforderung von Warenlieferungen und Werkleistungen für den Wiederaufbau, sowie betreffend die Anforderungen zur Durchführung von Maßnahmen auf den Gebieten der Währung und der Binnenschifffahrt.

Der Friede mit den Vereinigten Staaten. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ liegen in Washington Anträge dafür vor, daß sich Präsident Harding in der Frage der Herstellung des Friedens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schneller entschließen werde, als die allgemeine Meinung sei. Obwohl der Generalanwalt seine Ansicht noch nicht dahin geäußert habe, daß die Proklamation notwendig sei, werde angenommen, daß der Präsident sich überzeugt habe, daß sie erlassen werden sollte. Dies werde vielleicht noch vor seiner Rückkehr nach Washington binnen etwa zehn Tagen geschehen. Präsident Harding befindet sich zurzeit auf einem Ausflug mit seiner Frau nach „Washington“.

Die Abrüstung. Der amerikanische Staatssekretär Hughes erörterte mit dem britischen und japanischen Vorkämpfer und dem italienischen Geschäftsträger die Zeit für den Beginn der Abrüstungskonferenz. Großbritannien bezeugt ein Datum nach dem 11. November, Frankreich sehe den Beginn am Ende des Jahres, Japan betonte, daß die Wahl eines baldigen Zeitpunktes seinen Interessen nachteilig wäre.

Ergebnis in Paris. Bei einer von der sozialistischen Partei abgehaltenen Versammlung für Jaurès sprach namens der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie der Reichstagsabgeordnete Crispian. Seine Rede fand Beifall.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 1. August.

Der Landtag setzte heute nachmittags die Beratung des 3. Nachtrags beim Ministerium des Innern fort. Abg. Duffner (Zentr.) nahm sich der Gemeinde Löffingen an, die in kurzer Zeit zweimal von schwerem Brandunglück heimgesucht wurde. Er gab seiner Freude über den Besuch des Staatspräsidenten und des Ministers des Innern Land, sowie den Dank an die Reichswehr und Sicherheitspolizei für die aufopfernde Arbeit.

Minister Kemmele bemerkte: Von 68 000 M. für Sumbhausen entfallen 40 000 M. auf die Brandgeschädigten, 28 000 M. auf den Ernährungszusatz für die mit den Aufräumungsarbeiten betrauten Sipomannschaften. Die Betroffenen werden bis zum Herbst wieder ihre Wohnungen beziehen können. So schnell wäre noch keine Brandstätte aufgebaut wie Sumbhausen. Bezüglich Löffingen führte der Minister aus: Abgekauft sind 88 Häuser, obachlos 138 Personen. Es handelt sich um ein umfangreicheres Brandobjekt, meist um 2- bis 3stöckige Häuser. Die Sipo wurde heute früh durch eine Mitteilung von Weim abgeholt, die etwa noch 6-7 Wochen mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt sein wird. Der Ernährungszusatz erfordert daher größere Ansprüche an den Staat. Das Staatsministerium hat sich heute vormittag mit der Angelegenheit befaßt. Über einen finanziellen Betrag wird man schließlich werden, nach Maßgabe des Fortschreitens der von dem Bezirk eingeleiteten Hilfsaktion. Anknüpfend an den Umstand, daß Löffingen Milch nach Karlsruhe liefert, glaubt der Minister, daß von Seiten derer, die geschäftliche Beziehungen mit der Gemeinde haben, größere Mittel fließen werden. Dem Beileid für Löffingen schließt sich die Regierung an. Sie hofft, innerhalb weniger Wochen den Wiederaufbau energisch fördern zu können.

Abg. Weichmar (Soz.) empfahl allen Interessenten die Erhöhung der Feuerversicherung.

Abg. Schoen (Dem.): Das Verfahren gegenüber den betroffenen Gemeinden zeigt von einer anerkanntenswerten Großzügigkeit.

Danach wurde ein Antrag Duffners betr. eine Diszussion für Löffingen angenommen.

Zum Titel „Teil- und Pflegeanstalten“, lag eine Petition der Patienten von Jlenau wegen Verabschaffung der Verpflegungssätze vor, die durch Überweisung zur Kennzeichnung der Erziehung fand.

Beim Titel „Wohlfahrtsanstalten“ vertrat Abg. Dr. Glöckner (Dem.) an Stelle des erkrankten Abg. Kochlin die Interessen der Stadt Baden-Baden namentlich soweit sie das Kurhaus betreffen.

Minister Kemmele wies darauf hin, daß sich unter den 1,3 Millionen für die Herstellung des Badener Kurhauses befinden, obwohl die Materialien vorhanden sind. Von einer Abtretung des Kurhauses an die Stadt Baden-Baden könne aus verschiedenen Gründen jetzt nicht die Rede sein. Wohl aber werde wegen der Übertragung kleinerer Objekte verhandelt werden.

Abg. Müller-Baden (Soz.) unterstützt die Wünsche der Wähler.

Abg. Karl (D. Mail.) legte größeres Gewicht auf die Nachteile des Fremdenverkehrs, besonders mit Rücksicht auf unsere Ernährungslage.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Bezüglich des Fremdenverkehrs müssen wir den Grundsatze amenden: Leben und leben lassen!

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) vertritt die Auffassung, daß es kein allgütiges Hindernis bereiten könne, der Stadt das Eigentumsrecht am Kurhaus zu übertragen, nachdem ihre das Benutzungsrecht zusteht.

Eine Wendung des Beschlusses veranlaßte den Finanzminister Köster zu erklären, daß sich auch die Unübersichtlichkeit mit dem Gedanken abfinden müßten, an dem England Deutschland zu tragen. Es sei ausgeschlossen, in demselben Umfang, wie in den letzten 20 Jahren mit den Bauausgaben fortzufahren. Jedenfalls müsse ein langsames Bautempo Platz greifen.

Beim Titel „Landwirtschaft“ berichtet Abg. Wittmann (Zentr.) über Anträge aus dem Hause wegen der Hagelschäden. Der Ausschuss beantragte Fortführung der Erhebungen und im Falle der Bedürftigkeit Maßnahmen, wie Beschaffung von Saatgut usw.

Diesem Beschlusse wurde zugestimmt.

Abg. Duffner (Zentr.) beantragt ein Ausführungsverbot für Getreide und Futtermittel angesichts der Not im eigenen Lande. Minister Kemmele erinnerte an die Beschlüsse der Ernährungsminister und die Maßnahmen der Reichsregierung. Neu dürfte ins Ausland nicht geliefert werden. Ein Ausführungsverbot nach außerabdominalen Ländern sei rechtlich unmöglich.

Abg. Duffner (Zentr.) zog in der Annahme, daß politische Gründe entgegenstehen, seinen Antrag zurück, hat aber die

Regierung, das Möglichste zu tun, um den Zweck des Antrags inoffiziell zu erreichen.

Der Landtag stimmte im weiteren Verlaufe der Sitzung den Ausschussanträgen zu, von den 4,2 Millionen Überschüssen aus der Kriegsversorgung des Heeres 1 Million für die Kinderfürsorge und eine weitere Million zur Bereitstellung und Verbilligung der Futtermittel zu verwenden.

Der Abg. Hartmann (Zentr.) wünscht die Errichtung von Heilanstalten für junge tuberkulose Kinder.

Minister Kemmele erklärt, daß diese Fürsorge einstweilen noch den Organisationen überlassen werden müsse, da der Staat jetzt nicht in der Lage sei zu bauen. Eine Anstalt mit 500 Betten läme auf 82 Millionen Mark zu stehen.

Abg. Belsler (Zentr.) trat für die Aufhebung des Verbots der Amerikaner ein.

Ohne Aussprache wurden die restlichen Forderungen des Ministeriums des Innern erledigt, desgleichen des Justiz-

Es folgte ein längerer Bericht des Abg. Stockinger (Soz.) über die Nachtragsforderungen des Kultus- und Unterrichtsministeriums.

Die Position für Jugendpflege wurde von 25 000 auf 50 000 M. erhöht.

Um 7 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen vormittag 10 Uhr vertagt.

Karlsruhe, 2. August.

Im Landtag wurde heute zunächst die Antwort der Regierung auf eine demokratische Anfrage verlesen. Danach werden Beschlüsse über Beamte im Anschluß an die Personalakt nicht gefaßt. Das Haus setzte sodann die Beratung des Unterrichtsfort. Die Abg. Großhans (Soz.) und Schell (Zentr.) wandten sich gegen die Wünsche des Fußballsports. Grundlegende Auseinandersetzungen über die Vorlage knüpften sich an die Entlassung einer Pflegerin der pädagogischen Klinik zu Freiburg wegen unehelicher Mutterchaft. Minister Hummel betonte, daß im vorliegenden Falle maßgebend war, daß der Direktor nicht mehr das Vertrauen zu der Pädagogin besaß, da sie ihn so lange im Unklaren über ihren Zustand ließ. Abg. Dr. Kopf (Zentr.) verwies auf die hohen Betriebskosten der akademischen Krankenhäuser und bat um Entgegenkommen der Regierung hinsichtlich des Zuschusses.

Minister Hummel gab eine befriedigende Erklärung ab.

Es folgten nun die Berichte über die schulpolitischen Anträge. Abg. Dr. Schofer (Zentr.) warnte davor, ein Bildungsproletariat heranzuzüchten. Man müsse in der Schule von Quantität zur Qualität übergehen. Redner hofft, daß die Regierung dem nächsten Landtag eine Vorlage machen wird, die die Schwierigkeiten in der Durchführung des Fortbildungsschulgesetzes begeht. Redner begründete dann die erneut eingebrachten Anträge seiner Fraktion auf landesgesetzliche Regelung des Fachschulwesens mit pflichtmäßigem Religionsunterricht, falls die religionsgesetzliche Regelung nicht binnen Jahresfrist erfolgt, und auf Sicherstellung der Rechte der Gemeinden gegenüber Lehrern, die die religiöse Unterweisung ablehnen. Abg. D. Södermann (Dem.) trat für die Kommissionsbeschlüsse ein, da es sich empfehle, alle Fachschulfragen, auch die eventuelle Aufnahme des Religionsunterrichts im Zusammenhang mit der zu erwartenden großen Reform zu lösen. — Um 12 Uhr vertagte sich das Haus auf nachmittags 14 Uhr.

Dem Landtag ist der Gesetzentwurf betr. Regelung des Staatshaushalts für 1920/21 zugegangen.

Abschlußprüfung der Polizeischule.

Als vor kurzem der Haushaltsausschuß des badischen Landtages der Gruppenpolizei, ihrem Tätigkeitsgebiet und ihren Einrichtungen einen Besuch abstattete, machten wir bereits auf die Wichtigkeit der in der ehemaligen Grenadierkaserne in der Marktstraße untergebrachten Polizeischule aufmerksam. Bildet doch die Gruppenpolizei die erste Durchgangsstufe für sämtliche Polizeibeamte, aus welcher dann die berufenen Männer zur Handhabung der gesamten Polizeioberbehörden ausgewählt werden können.

Am Samstag fand nun vor einem kleinen Kreis geladener Interessenten die Abschlußprüfung des 2. Lehrganges der Polizeischule statt. Der Prüfungsstoff war recht vielseitiger Natur. Er bezog sich auf die Dienstausweisung, das Polizeistrafgesetzbuch, das Reichsstrafgesetzbuch, die Strafprozedur, und die Gewerbeordnung, das Verfassungsgesetz, das Verwaltungsrecht, die Kriminalprozedur, ja sogar auf die Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen.

Geprüft wurden die unteren Dienstgrade nicht minder, wie die jüngeren Polizeioffiziere und die Wachtmeister. Aus allen gestellten Fragen und den gegebenen Antworten war die Absicht zu erkennen, die Angehörigen der Gruppenpolizei ganz systematisch für ihr verantwortungsvolles Amt heranzubilden und zu erziehen. Tatsächlich sind auch hier beachtenswerte Resultate erzielt worden. Die Befragten antworteten rasch und schlagfertig und ließen erkennen, daß sie fast durchweg den Stoff gut beherrschen.

Besonderes Interesse bot auch die Körperausbildung der einzelnen Stufen der Gruppenpolizei. Sie soll dem Polizeibeamten drei wesentliche Eigenschaften beibringen: Mut, Gewandtheit und Entschlossenheit. Es war sehr interessant, zu beobachten, wie in jedem besonderen Falle und den gelagerten Umständen eine dieser Eigenschaften sich als besonders nützlich und notwendig erweist. Man erkannte auch, was planmäßiges Turnen zu leisten imstande ist. Die etwa 14-tägigen Festübungen zeigten ebenfalls von Fleiß und Ausdauer auf diesem Gebiete. Im allgemeinen ist der Gesichtspunkt leitend, daß die Leistungsfähigkeit des Polizeibeamten einen ziemlich hohen Grad erreichen muß, weil die finanzielle Lage des Reiches und der Länder eine große Beschränkung in der Zahl der angustellenden Beamten als durchaus geboten erscheinen läßt.

Nach Abschluß der Prüfung hielt Polizeioberst Blantenhorn in der Turnhalle eine kurze Ansprache, in welcher er die erzielten Leistungen der Geprüften anerkannte, die Besucher der Polizeischule aber auch darauf verwies, daß ständige Weiterbildung und eingehende Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse im Staate dringendes Erfordernis für die Angehörigen der Gruppenpolizei sind.

Im allgemeinen darf man es nur begrüßen, wenn die Polizei zur Erfüllung ihrer schweren Aufgaben systematisch ausgebildet wird. Es muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß die Polizeibeamten aller Grade nicht etwa zur Belästigung des einzelnen Bürgers da sind, sondern im hohen Maße die Sicherheit des Staates und seiner Einrichtungen garantieren und damit nützliche Arbeit im Dienste der Allgemeinheit leisten.

„Der neueste Telephonerlaß“.

Man schreibt uns von zuständiger Seite: Unter dieser Überschrift wurde in einer der letzten Nummern der „Mitteilungen des Vereins badischer Verwaltungsbeamten“ eine Anordnung des Ministeriums des Innern über die Benutzung von Telephon und Telegraph einer Kritik unter-

zogen, die in jeder Hinsicht völlig sehr geht. Wegen der großen Kosten, die Telephon- und Telegraphenverkehr der Staatskasse verursachen, sollen nach der erwähnten Anordnung diese Verkehrsmittel nur in wirklich wichtigen und dringenden Angelegenheiten zu Mitteilungen an das Ministerium benützt werden, und es soll in der Regel der Oberamtmann über die Notwendigkeit von Telegrammen und Telefongesprächen auf Staatskosten entscheiden.

Der Verfasser des fraglichen Artikels sieht in dieser Anordnung nicht das heute so notwendige Streben nach Sparsamkeit, sondern eine Äußerung „vormärzlichen Geistes“. Das zeigt sein bedauerliches Anklammern an Außerlichkeiten, indem er seine Ansicht auf den Wortlaut der Anordnung zu stützen versucht, in welcher von der „Entscheidung des Herrn Oberamtmanns“ die Rede ist. Darüber übersieht oder vergißt er den Inhalt der Anordnung.

Es hätte ihm sonst nicht vorzukommen dürfen, daß er ganz irrig annimmt, es handle sich in der Anordnung nur um Mitteilungen in persönlichen Angelegenheiten, während das Ministerium ganz allgemein vom Dienstverkehr spricht. Wer nicht hinter allem und jedem eine Gefährdung seiner Beamtenstellung wittern will — der Verfasser des Artikels konstatiert aus der gänzlich mißverstandenen Anordnung, einem „Versuch, die nicht akademisch gebildeten Beamten vom Ministerium möglichst hermisch abzuschießen!“ —, der mußte erkennen, daß es sich hier lediglich um eine Frage der Sparsamkeit und der Organisation handelt, in der bei den Verwaltungsämtern doch wohl nur dem verantwortlichen Leiter, also dem Oberamtmann, die Entscheidung zusteht. Hieraus und aus der belanglosen Form „Herr Oberamtmann“ Anlaß zur Opposition gegen ein „System“ und zu Angriffen gegen die „oberen“ Beamten zu entnehmen, ist ein, gelinde gesagt, unverständliches Beginnen. Diese Opposition, die eine verzeihliche Ähnlichkeit mit Don Quixotterie hat, wird unverständlich, wenn die mittleren Verwaltungsbeamten gemißfermaßen aufgefordert werden, unbekümmert um die Anordnung des Ministeriums in persönlichen Angelegenheiten auf Staatskosten an das Ministerium zu telephonieren, wenn es ihnen beliebt.

Zum Brandunglück in Löffingen.

DZ. Einen anschaulichen Bericht von dem außerordentlich schweren Brandunglück, das das Städtchen Löffingen heimsuchte, finden wir im „Echo vom Hochstift“, dem wir folgenden entnehmen: Vom sogenannten „Malländer Tor“ auf der Westseite des Städtchens zog sich ein einziges riesiges Feuermeer über das „Malland“ hinaus gegen den Allenberg. Überall waren die Leute tätig, um wenigstens einen fährlichen Rest der einjüngigen Habe zu retten, oder anderen zu helfen. Doch dem Willen des Feuers gegenüber schien diese Tätigkeit kaum schnell genug. Wurden doch die aus dem zum Teil brennenden Häusern geretteten Stücke vom Hausrat, die man abseits in die Gärten gelegt hatte, selbst dort ein Raub der Flammen! Einer der am meisten bedrohten Punkte war das Postamt unten im Städtchen, wo denn auch sofort die meisten der neu ankommenden Wehren eingesetzt wurden. Dank ihrer rastlosen nicht ablassenden Tätigkeit gelang es, nachdem in der Motorprobe der Papierfabrik Neustadt ein mächtiger Helfer zur Stelle war, hier nach 5 Uhr wenigstens das Feuer Herr zu werden und so Postamt, Rathaus und nächste Umgebung zu bewahren.

Die Rettungsarbeiten waren durch den immer fühlbarer werdenden Wassermangel sehr erschwert, schließlich mußte man nur noch mit Fauche das Riesenfeuer bekämpfen. Der Allenberg war besonders infolge Flugfeuers gefährdet. Erst gegen 6 Uhr abends gelang es allmählich, über die Städte des Grauens einen Überblick zu erhalten.

Die Namen der Brandgeschädigten sind (etwa in der Reihenfolge, wie das Feuer sich ausbreitete): Julius Geer, Wilhelm Wernet, Anton Frei, Karl Schreiber, Kaiser Rombach, Wäckermeister Ritter, Gemeinderat Wölfl, Schmiedemeister Viktor Fürst, Emil Fürst, Anton Brunner, Weggenmeister Johann Kiegger, Heinrich Thoma, Witwe Wäber, Wagnermeister Andreas Maier, Karl Dietzberger, Julius Jüricher, Leopold Geisinger, Martin Meyer, Alois Frisch, R. Honold, das Holzerei-Gebäude, Witwe Benitz, Weinhandlung mit zwei Wohnhäusern, Odonomie und Kellerei-Gebäude, Joseph Thoma, Repomus Meier, S. Jordan Witwe, Bürgermeister Küster, Albert Jöhler, Schreinermeister Limb, Schreinermeister Münzer, Witwe Morat. Etwa 200 Personen sind obdachlos geworden. Der Gesamtschaden an Gebäuden und Fahrnissen dürfte schätzungsweise etwa 20 Millionen betragen. — Wie gemeldet, ergriffen leider gewissenlose Subjekte die Gelegenheit, die armen Opfer des Unglücks noch dessen zu berauben, was ihnen geblieben war. Einer oder zwei, die bei ihrer schmutzigen Tätigkeit ertappt wurden, erhielten gleich die wohlverdiente Tracht Prügel. Ergreifende Szenen spielten sich unter den von dem Unglück Betroffenen ab.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmen. Der gesamte Güterverkehr nach Rumänien über Ungarn ist bis auf weiteres eingestellt. Die Sperre erstreckt sich auf die Expeditionsverbindungen, die nach Rumänien bestimmt sind und nach Österreich oder Ungarn abgefertigt sind.

DZ. Unfall des Luftpostfluges Konstanz-Stuttgart. Am Donnerstag nachmittags ereignete sich bei der Luftpost Konstanz-Stuttgart ein Unfall. Der Motor versagte in der Gegend vom Wald in Höhe von etwa 2000 Meter. Das Flugzeug sollte im Gleitfluge niedergehen, geriet aber in einen Kartoffelader und überschlug sich hier. Die beiden Insassen kamen verhältnismäßig gut davon. Der Flugzeugführer blieb unverletzt, die mitfahrende Dame erlitt eine Verstauchung des Handgelenkes. Das Flugzeug ist stark beschädigt.

Aus der Landeshauptstadt.

Brände. Vorgestern vormittag entstand im Dachstuhl des Hauses Dirschstraße 59, vermutlich in einem Raume, in welchem Brennmaterialien lagerten, auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise Feuer, welches sich rasch dem ganzen Dachboden mitteilte. Da das Feuer größere Ausdehnung anzunehmen drohte, wurde außer der Feuerwache die 2. und 3. Kompanie der freiwilligen Feuerwehr alarmiert. Durch das Eingreifen der Feuerwehr wurde das Feuer auf seinen Herd beschränkt. An dem Hause Dirschstraße 59 ist der Dachstuhl durch den Brand zerstört. Außerdem ist durch die Löscharbeiten erheblicher Schaden entstanden. Der Gesamtschaden beträgt ungefähr 4000 M. — Am 29. d. M. vormittags entstand auf einem Lagerplatz in der Wolfartsweilerstraße auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise ein Brand, dem dort gelagerter Holz zum Opfer fiel. Das Feuer griff auf ein benachbartes Kohlenlager über und richtete auch dort erheblichen Schaden an. Die Feuerwache wurde alarmiert und wurde bald des Feuers Herr. Der Schaden beläuft sich auf ca. 18 000 M.

